
Verlegung von Stolpersteinen

Opfer des Faschismus 1933 - 1945

Montag, 19. November 2012, 9 Uhr,
Wibilo-Platz, Wiebelskirchen

mit dem Künstler Gunter Demnig



Stolpersteine

Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig

Ein Projekt, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.

Der Künstler Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Inzwischen liegen STOLPERSTEINE in über 500 Orten Deutschlands und in mehreren Ländern Europas. „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, sagt Gunter Demnig. Mit den Steinen ... wird die Erinnerung an die Menschen lebendig, die einst hier wohnten. Auf den Steinen steht geschrieben: HIER WOHNTE... Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.» Gegenwärtig sind in mehr als 700 Orten mehr als 32.000 STOLPERSTEINE verlegt; das sind mehr als 32.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind. Außerhalb Deutschlands liegen STOLPERSTEINE in mehreren Orten in Österreich, Ungarn, in den Niederlanden, Belgien, Tschechien, in Polen (Wrocław und Ślubice), Ukraine (Perejaslaw), Italien (Rom), Norwegen (Oslo) und Frankreich.

Das Projekt in Wiebelskirchen

Im März 2011 hatten die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) Landesvereinigung Saar und das „Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus Neunkirchen“ zu einem Treffen eingeladen, um auch in Wiebelskirchen „Stolpersteine wider das Vergessen“ zu verlegen.

Eine erste Liste mit Namen wurde vorgelegt, weitere Opfer wurden hinzugefügt.

Nach diesem ersten Treffen, an dem auch der Beigeordnete der Stadt Neunkirchen, Sören Meng, Vertreter örtlicher Organisationen, Vereine und Privatpersonen teilnahmen, bildete sich die „Arbeitsgruppe Stolpersteine Wiebelskirchen“.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe recherchierten die biographische Daten: im Stadtarchiv Neunkirchen und Archiven andernorts, nahmen Kontakt zu Angehörigen auf, sichteten Literatur zu Verfolgung und Widerstand an der Saar und von Saarländerinnen und Saarländern. Sie konnten teilweise auf bereits veröffentlichte Biografien, u.a. durch die Publikationen der VVN-BdA, zurückgreifen.

Bei anderen, bei denen noch keine biographische Arbeiten vorlagen, war und ist es schwierig, Daten und Ereignisse zusammenzutragen und entsprechende Lebensläufe zu erarbeiten.

Die Arbeitsgruppe wird die Erforschung weiterer Lebensläufe fortsetzen.

Nun werden in Wiebelskirchen die ersten Stolpersteine verlegt. Als Verlegeort dieser Steine wurde der Wibilo-Platz gewählt, nicht - wie üblich - der Bürgersteig vor den jeweiligen Wohnhäusern. Damit liegen diese Steine im Zentrum des Ortes, sichtbar und erlebbar für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir danken Herrn Gunter Demnig für dieses Entgegenkommen.

Wir bedanken uns bei allen, die dieses Projekt unterstützt haben, durch Spenden zur Finanzierung der Stolpersteine und andere Maßnahmen, bei Verantwortlichen und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, LehrerInnen und Schülern der Pflasterer-Klasse des Berufsbildungszentrums, LehrerInnen und SchülerInnen der Gemeinschaftsganztagsschule, Haspelstraße.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die Aktion wird gefördert durch das Bundesprojekt
TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN
des Lokalen Aktionsplans
des Landkreises Neunkirchen.



Landkreis
Neunkirchen

KREISSTADT
NEUNKIRCHEN



Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Rainer Dörrenbecher, Ulrike Heckmann, Anton Holweck, Erika Klug, Mathilde Ott, Heinz Seel, Sonja Seel

Verantwortlich für den Inhalt:

Ulrike Heckmann, Rainer Dörrenbecher

Herausgeber:

Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus

Fotos:

Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Bestand 12, Patientenakte 3822;
Sören Meng; Sammlung Luitwin Bies Völklingen

Gestaltung + Druck:

Kreisstadt Neunkirchen

Willi Herrmann

ehem. Wohnhaus: Wilhelm-Heinrich-Straße

Widerstandskämpfer

geboren 17. November 1897

ermordet 17. Februar 1944 im Zuchthaus Butzbach

Willi Herrmann wurde am 17. November 1897 in Wiebelskirchen geboren. Die Eltern waren der Hüttenarbeiter Christian Herrmann und dessen Ehefrau Wilhelmine geb. Reuter.

Nach 8 Jahren Volksschule begann er im Neunkircher Eisenwerk eine Lehre als Schlosser und arbeitete dort anschließend bis Oktober 1918.

Nach Zwischenstationen in Rheinhausen und auf der Grube Sulzbach-Altenwald arbeitete er wieder von Juli 1927 auf dem NE.

Dort wurde er im Mai 1931 entlassen; die Gründe sind nicht bekannt.

Bis zur Emigration 1935 war er arbeitslos.



Lilli Herrmann geb. Ries

Widerstandskämpferin

geboren 12. März 1904

gestorben 17. Januar 1971 in Neunkirchen

Luise (genannt Lilli) Karoline Ries wurde am 12. März 1904 in Saarbrücken-Altenkessel geboren; die Mutter starb bei der Geburt, der Vater, von Beruf Maschinenwärter, verstarb wenige Jahre später. So wuchs Lilli in der Familie des Bergmanns und Gastwirts Friedrich Forst, einem Bruder der Mutter, in Wiebelskirchen auf. Dort besuchte sie die Volksschule, arbeitete danach als Hausgehilfin, fand später eine Lehrstelle und wurde Verkäuferin in Neunkirchen.

Im August 1923 heirateten Willi Herrmann und Lilli Ries, im Jahr darauf wurde ihre Tochter Helga geboren. Sie wohnten in Wiebelskirchen in der jetzigen Wilhelm Heinrich Straße.

Noch während seiner Lehrzeit trat Willi der Metall-Gewerkschaft bei und nachdem er wieder im Saargebiet war, engagierte er sich in mehreren Organisationen der Arbeiterklasse:

**Landesrat
des
Saargebietes**



AUSWEIS.

Es wird hiermit bescheinigt, dass
Inhaber dieses, ~~Herr~~ *Frau Luise*
HERMANN, Wiebelskirchen,
dessen Lichtbild beigefügt ist, dem Landes-
rat des Saargebietes als Mitglied angehört.

Saarbrücken, den *28. April* 19...*32.*

Der Präsident:

der Solidaritätsorganisation „Rote Hilfe“, dem Arbeiter-Esperanto-Verein und den Naturfreunden, dem Proletarischen Freidenker-Verband und dem Proletarischen Sport- und Kulturkartell.

Im Juni 1930 wurde er Mitglied der KPD in Wiebelskirchen und wurde bald zum Politleiter gewählt. Er wurde Vorsitzender des KPD-Unterbezirks Neunkirchen und 1934 Verantwortlicher für die Einheitsfront von KPD und SPD in den Kreisen Ottweiler und St. Wendel.

In der links orientierten Wiebelskircher politischen Atmosphäre „wuchs“ Lilli mit der Zeit in verschiedene Organisationen der Arbeiterbewegung hinein. Sie wurde Mitglied der Naturfreunde und des „Bund werktätiger Frauen“, in dem sie nach einem Jahr Organisationsleiterin in Wiebelskirchen wurde. Dort war sie wohl besonders aktiv; sie wurde zum Mitglied des Bezirksvorstandes gewählt und im Jahr darauf (1932) Bezirksleiterin Saar des „Bundes“.

1931, ein Jahr nach ihrem Ehemann Herrmann, wurde sie Mitglied der KPD. Offensichtlich war Lilli eine sehr engagierte Frau und erreichte einen hohen Bekanntheitsgrad. Sie wurde von ihrer Partei als Kandidatin zur Landesratswahl 1932 nominiert und als einzige Frau in dieser Legislaturperiode in den 30köpfigen Landesrat gewählt. Dort trat sie vor allem für die Rechte der werktätigen Frauen ein und setzte sich in der Familien- und Jugendpolitik mit den Nazis bzw. später der Deutschen Front auseinander.

Nach der Abstimmungsniederlage der Antifaschistischen Einheitsfront im Januar 1935 entfachteten die Faschisten eine lebensbedrohliche Pogromstimmung gegen die führenden Vertreter der Einheitsfront. Lilli und Willi konnten beide nicht mehr in Wiebelskirchen bleiben und flohen nach Frankreich;

die Tochter Helga blieb bei Freunden zurück. So entgingen beide der Verhaftungswelle von mehr als 50 kommunistischen Widerstandskämpfern, Frauen und Männern, im August 1935. Von Paris aus wurde Lilli auf die Internationale Leninschule nach Moskau delegiert.

Willi blieb zunächst als illegaler Bezirksleiter der KPD im Saargebiet in Forbach, nahm dann an der „Brüsseler Parteikonferenz“ der KPD teil, die in der Nähe Moskaus stattfand. Ende Februar 1937 kam er als Mitarbeiter des ZK nach Paris, wohin auch Lilli zurückgekehrte. Jetzt kam auch die Tochter nach Paris. Sie war illegal über die Grenze und vom Vater dann nach Paris gebracht worden. Helga sollte in ein Nazi-Erziehungsheim eingewiesen werden, wurde gewarnt und von Freunden der Familie gerettet. Die Familie war wieder zusammen.

Im gleichen Jahr mussten die Herrmanns Paris wieder verlassen. Im Departement Meurthe et Moselle, in der Gegend von Homécourt, fanden sie Wohnung und Arbeit. Dort hatten viele saarländische Emigranten Wohnsitz und Arbeit und es gab einen politischen Zusammenhalt. In einem Spitzelbericht der Gestapo wird Willi als „der geistige Führer“ (*1) der Gruppe der KPD erwähnt. Auch über Lillis Engagement hatte die Gestapo Informationen erhalten. In der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts 1942 wird sie als Rednerin „in Versammlungen der dortigen kommunistischen Frauenorganisation“ (*2) benannt.

Nach Kriegsbeginn, September 1939, wurden Willi und Lilli interniert, wie viele andere deutsche Emigranten. Lilli kam mit der Tochter in das berüchtigte Camp de Gurs, am Fuß der westlichen Pyrenäen. Zeitweilig entlassen und mit dem Ehemann und Vater wieder zusammen, wurden sie nach wenigen Monaten wieder interniert. Besonders die 17jährige Helga litt unter dieser Situation. Willi Herrmann wurde nach mehreren Stationen als Internierter und Prestataire (Angehöriger einer Arbeitskompanie), zwischendurch ebenfalls wieder freigelassen, in dem berüchtigten Camp Le Vernet d'Arriège interniert. Von dort wurde er nach Chalon-sûr-Saône überführt und dort am 29. April 1942 von der Vichy-Polizei festgenommen und an ein deutsches Polizei-Sonderkommando übergeben. Ab 30. Mai war er in den Fängen der Gestapo Saarbrücken.

Im Sommer 1941 bot die deutsche Regierung Emigranten die Möglichkeit einer offiziellen Rückkehr nach Deutschland. Auf Drängen der Tochter willigte Lilli ein. Schon in Paris wurden beide von der Gestapo verhört, konnten jedoch nach Wiebelskirchen reisen und Lilli fand sofort Arbeit. 6 Wochen später wurde sie von der Gestapo festgenommen und der „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt.

Lilli Herrmann wurde am 28. Mai 1942 in Saarbrücken zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und verblieb zunächst im Saarbrücker Gefängnis. Zur gleichen Zeit war auch Willi Herrmann dort inhaftiert. Beide wussten nicht voneinander. Bei einem Gefängnisbesuch informierte Lilli ihre Tochter, sie habe ihren Mann von einem Fenster aus gesehen. Helga stellte mit Hilfe von Verwandten Kontakt zu ihrem Vater her.

Schon Ende 1935 fand in Saarbrücken ein Massenprozess gegen 29 Antifaschisten statt und seitdem stand Willi auf den Fahndungslisten der Gestapo. Diese ging davon aus, dass Willi Herrmann „sich in weit größerem Umfang für die illegale KPD betätigt hat, als er es hier auf Grund der ihm

gemachten Vorhaltungen zugeben musste.“ (*3)

Er wurde an den Volksgerichtshof in Berlin überstellt. Im November fand die Verhandlung statt; die Staatsanwaltschaft hatte wegen Vorbereitung zum Hochverrat die Todesstrafe beantragt. Verwandte, die möglicherweise Kontakt bis in die Nazi-Führung hatten, hatten sich für die Abwendung der Todesstrafe eingesetzt. Ob deren Kontakte das Urteil beeinflusst hatten, bleibt allerdings offen. Überraschend wurde Willi Herrmann nur zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Von Moabit wurde er in das Zuchthaus Butzbach, Hessen, verlegt.

Sein letztes Lebenszeichen stammt aus einem Brief an seine Frau Lilli und Tochter Helga vom 10. Februar 1944. In dem Brief schrieb Willi u.a. „Es geht mir noch so leidlich gut, und ich hoffe, dass es auch Dir gut geht. ... wenn wir uns nur gesundheitlich auf den Beinen halten, das ist die Hauptsache, obwohl es nicht immer leicht ist. Aber wir werden fest auf die Zähne beißen müssen, und so wird es schon werden.“ (*4)

Sieben Tage später meldete das Zuchthaus Butzbach an die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof, Willi Herrmann sei verstorben; „Grund des Abganges: Ableben“ (*5)

Die Familie hat die wirklichen Umstände des Todes von Willi Herrmann nie erfahren.

Er ist ein Opfer des faschistischen Vernichtungsprogramms politischer Gegner.

Lilli und Willi - solange dieser lebte - wurden durch Helga, Nichten, Tanten und weitere Verwandte solidarisch unterstützt. Sie konnten Briefe austauschen, Päckchen übermitteln und Besuche machen.

Lilli Herrmann war bis zur Befreiung im Mai 1945 im „Frauenzuchthaus und Frauenverwahrungsanstalt Aichach/Oberbayern“ inhaftiert.

Nach der Befreiung kehrte sie nach Wiebelskirchen zurück. Sie starb am 17. Januar 1971 in Neunkirchen.



bearbeitet: Rainer Dörrenbecher

Textgrundlage:

Luitwin Bies u. Horst Bernard, Hrgs: „Für den Sturz des Naziregimes“, Blattlaus Verlag, Saarbrücken 2007;

Luitwin Bies: Willi Herrmann und Lilli Herrmann, S.111ff

Zitate: (*1) S.115, (*2) S. 115, (*3) S. 117, (*4) S. 122, (*5) S. 123

L. Bies u. H. Bernard, Hrgs: „Saarländerinnen gegen die Nazis“,

Blattlaus-Verlag, Saarbrücken 2004; Luitwin Bies: Lilli Herrmann, S.35ff

Hugo Meyer

ehem. Wohnhaus: Römerstraße 83

Jude

geboren 11. September 1895

ermordet 9. Oktober 1942 im KZ Auschwitz

Hugo Meyer wurde am 11. September 1895 als Sohn der jüdischen Eheleute Hersch und Rosa Meyer geb. Götz in Thorn, Westpreußen geboren. Über seine Kindheit, Schulzeit und Lehre in Thorn konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Bekannt ist, dass er den Beruf des Schneiders erlernte.

Im Februar 1914 meldete er sich in Thorn ab, um nach Mehring an der Mosel, Landkreis Trier, zu gehen. Es wird angenommen, dass er hier eine Arbeitsstelle fand.

Nach einem halbjährlichen Aufenthalt in Mehring, reiste er zurück nach Thorn zu seinen Eltern.

Er blieb ca. 2 Monate um dann am 6. Oktober 1914 nach Mehring zurückzukehren. Auf Grund der Meldekartei von Thorn kann angenommen werden, dass Hugo Meyer im 1. Weltkrieg eingezogen wurde. Laut Eintrag kam er am 3. Dezember 1918 von Hannover nach Thorn und legte Entlassungspapiere vor. Der letzte Eintrag in der Meldekartei weist seine Rückkehr aus Thorn nach Mehring am 26. September 1919.

Der erste Eintrag in Wiebelskirchen findet sich im Hausstandsbuch der Kirchhofstraße 33a.

Laut dieser Eintragung kam er im Jahre 1921 aus Hangard hier an.

Im April 1924 meldete er ein Schneidergewerbe in der damaligen Viktoriastraße in Wiebelskirchen an. Wo er in der Zeit von 1921 bis 1924 arbeitete, konnte nicht ermittelt werden.

Aberkannt wurde ihm die Gewerbe genehmigung am 3. Mai 1937 mit der Begründung, er sei Jude.

In dieser Zeit machte sich Hugo Meyer ernsthaft Gedanken auszuwandern.

Zwei Briefe, die uns vorliegen, zeugen davon.

Im Rahmen der Reichspogromnacht 9./10. November 1938 wurde auch Hugo Meyer verhaftet und mit anderen Juden des Kreises Ottweiler nach Saarbrücken zur Lerchesflur gebracht.

Er wurde am 15. November 1938 (*1) als Schutzhäftling ins KZ Dachau eingeliefert.

Seine Häftlingsnummer war die 26862 Kategorie „Sch J“ (Schutzhaft Jude).

Nach ca. vier Wochen am 19. Dezember 1938 (*2) wurde er aus Dachau entlassen.

Ziel dieser Inhaftierung war die massive Einschüchterung der Betroffenen, damit sie nach Aufgabe ihres Vermögens das Deutsche Reich schnellstmöglich verlassen. Hugo Meyer kehrte nach seinem Aufenthalt in Dachau nach Wiebelskirchen zurück.

Wie er hier lebte, vor allem wie er seinen Lebensunterhalt bestritt, konnte nicht ermittelt werden.

Am 22. Oktober 1940 (*3) wurde Hugo Meyer erneut verhaftet und zusammen mit anderen saarländischen Juden ins Camp de Gurs, Departement Pyrénées-Atlantiques, deportiert.

Der Transport erfolgte von Forbach aus mit der Bahn in Viehtransportwagen. Von Gurs aus kam er am 15. September 1941 nach Annecy, einer Stadt in den französischen Alpen.

Wie lange er dort verblieb ist nicht bekannt.

Belegt ist, dass Hugo Meyer am 9. Oktober 1942 (*4) im KZ Auschwitz umgekommen ist.

Eine Kopie der Sterbeurkunde liegt vor.

Auch Hugo Meyer ist ein Opfer der deutschen Faschisten der Vernichtung

durch Arbeit und unzureichende Ernährung.

Am 3. Juni 1944 wurde seine Kennkarte Nr. II 01560 von der Polizei in Wiebelskirchen vernichtet.

bearbeitet: Erika Klug

Quellen: ITS Archiv (Internationaler Suchdienst Archiv)

(*1) Copy of Doc. No. 9892751#1(1.1.6.1/0001-0189/0007/0106)

(*2) Copy of Doc. No. 9909590#1(1.1.6.1/0001-0189/0101/0072)

(*3) Copy of Doc. No. 11187053#1(1.1.9.11/0001/0291)

(*4) Copy of Doc. No. 601909#1 (1.1.2.1/0324-0522/0489/0224)

Walter-Karl Drumm

ehem. Wohnhaus: Bexbacher Straße 64

Euthanasieopfer

geboren 17. Mai 1907

ermordet 9. November 1944

Walter-Karl Drumm wurde am 17. Mai 1907 als erster Sohn der Eheleute Rudolf und Katharina Drumm, geb. Jung in Wiebelskirchen geboren.

Im Jahr 1909 wurde sein Bruder Hermann-Ernst und später seine Schwester Martha geboren.

Walter Karl war ein ganz normales Kind; er besuchte die Schule und war ein lernwilliger, künstlerisch begabter Schüler.

Im Jahre 1918 traf die Familie Drumm ein schwerer Schicksalsschlag, die Mutter Katharina verstarb.

In den folgenden Jahren sorgten der Vater und zeitweilig auch Haushaltshilfen für das Wohl der Kinder. Im Jahr 1921 heiratete der Vater Rudolf die damalige Haushaltshilfe Margarete, geb. Kaufmann, und im November 1922 wurde die Schwester Frieda geboren.

Schon im Jahr 1920 traf die Familie ein weiteres leidvolles Ereignis.

Walter Karl erkrankte an der Schlafkrankheit und kam für 6 Monate ins Krankenhaus.

In Folge der Erkrankung wurde er durch Sehnenverkürzungen an Hals, Armen und Beinen für sein weiteres Leben zum „Krüppel“. Geistig blieb er normal. Nach Aussage seiner Schwester Martha war er ein liebes und aufgewecktes Kind. Nach Abschluss der Schule arbeitete Walter zunächst in einer Gärtnerei, bis er in eine „Anstalt“ gebracht wurde. Dort erlernte er den Beruf des Kunstkorbflechters. Nach Aussage seiner Nichte Edith war er sehr gut in diesem Beruf.

Mit 26 Jahren, am 21. Mai 1932, wurde er in die Landesheilanstalt Merzig eingewiesen.

Anfang des 2. Weltkrieges (1. September 1939) wurde die Merziger Anstalt geräumt.

Walter wurde in einem Sammeltransport in die Erziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau/Lahn überführt.

Einen Monat später wurde er in die Landesheilanstalt Eichberg/Rheingau verlegt und von dort im Oktober 1943 in die Landesheilanstalt Weilmünster.

Im Zusammenhang mit dem Euthanasie-Programm des deutschen Faschismus wurde er am 29. September 1944 nach Hadamar gebracht. Zwischen August 1942 und März 1945 (Einmarsch amerikanischer Truppen) war Hadamar der zentrale Ort der Durchführung der Euthanasie-Morde und keine normale Heil- und Pflegeanstalt.



Im Unterschied zu 1941 wurden die Patienten nicht durch Gas, sondern durch überdosierte Medikamente, gezielte Mangelernährung und unterlassene medizinische Versorgung getötet. Die Angabe der Todesursache war in der Regel falsch, um die Angehörigen zu täuschen.

Schon am 9. November wurde Walter-Karl Drumm ermordet „in Folge einer Herzlähmung“. Wie bei diesen Morden üblich, wurde er in einem Massengrab auf dem Anstaltsfriedhof bestattet. Zur Tarnung wurden auf den Massengräbern Einzelgräber vorgetäuscht. Ein individuelles Grab bestand nie.

bearbeitet: Erika Klug

Quellen:

Foto Walter Karl Drumm aus dem Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Informationen von Dr.-Ing. Hermann Drumm, Kamenz, Neffe von Karl Walter Drumm

Information von PD Dr. Georg Lilienthal, Gedenkstätte Hadamar, an H. Drumm

Hermann-Ernst Drumm

ehem. Wohnhaus: Bexbacher Straße 64

Angehöriger der Internationalen Brigaden
im Spanischen Bürgerkrieg

geboren 5. Januar 1909

gestorben 1. September 1937 (im Kampf)

Hermann-Ernst Drumm wurde am 5. Januar 1909
in Wiebelskirchen geboren.

Die Eltern waren der Bergmann Rudolf und
Katharina Drumm. Sie wohnten in der Friedrichstraße,
heute Bexbacherstraße. Die Familie hatte drei Kinder,
den ältesten Sohn Walter-Karl, der als Euthanasie-Opfer
1944 von den Nazis ermordet wurde, dann Hermann-Ernst
und die Tochter Martha. Nach dem Tode der Mutter Katharina
kam aus zweiter Ehe noch die Tochter Frieda hinzu.



Im März 1925 begann Hermann-Ernst eine Lehre
auf der Grube Kohlwald, Wiebelskirchen, die er
als Hauer beendete. Fortan arbeitete er meist unter Tage. Am 1. April 1925 trat er in den Bergarbeiter-
verband (B.A.V.) des Saarlandes ein. 1927 wählte man ihn zum Jugendobmann (bis 1933) und in den
Bezirksjugendausschuss. 1933 wurde er Zahlstellenleiter im BAV. Er setzte sich für die Vereinigung
der beiden größten Bergarbeitergewerkschaften im Saarland BAV und AGB ein, insbesondere auf
der Grube Kohlwald. Sehr aktiv war er auch in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ);
in Wiebelskirchen gründete er 1925 eine Ortsgruppe.

1933 heirateten Hermann-Ernst und Marta Decker, die ebenfalls aus einer sozialdemokratischen
Bergarbeiterfamilie stammte. Hermann-Ernst und Marta waren als Mitglieder der SP aktiv in der
antifaschistischen Einheitsfront des Saargebietes, die im Juli 1934 zwischen Kommunistischer und
Sozialdemokratischer Partei vereinbart wurde.

Nach der Saar-Abstimmung am 13. Januar 1935, die für die Antifaschisten eine dramatische Niederlage
war, (90% hatten für den Anschluss an Hitler-Deutschland gestimmt) wurde die Situation für bekannte
Antifaschisten lebensbedrohend. Bei einem Fackelzug der Deutschen Front in Wiebelskirchen tragen
die Nazis einen Galgen mit einer als Hermann Drumm gezeichneten Strohpuppe mit.
In der Nacht versuchten Nazis in die Wohnung einzudringen. Schon am 14. oder 15. Januar 1935 fliehen
Hermann-Ernst und Marta Drumm nach Forbach. Nach mehreren Zwischenstationen kommen sie
mit weiteren saarländischen Familien in das Bergbauggebiet des Puy de Dôme um Brassac-les-Mines,
wo Hermann-Ernst in seinem Beruf als Hauer arbeitet.

Nach dem reaktionären Putsch in Spanien, unter General Franco gegen die Volksfrontregierung,
entwickelt sich unter den internationalen Linken eine breite Solidaritätsbewegung. In Spanien wurden
die „Internationalen Brigaden“ als kämpfende antifaschistische Einheiten aufgestellt. Im Dezember 1936

ging Hermann-Ernst mit Hilfe der „Internationalen Roten Hilfe“ nach Spanien; Marta konnte erst im Februar 1937 folgen und wurde als Krankenschwester eingesetzt. Nach einer Verwundung wurde Hermann-Ernst auf einen Offizierslehrgang geschickt und danach als Leutnant dem Thälmann-Bataillon der XI. Internat. Brigade zugeteilt. Sein letzter Einsatz mit diesem Bataillon erfolgte Ende September 1937 als Hauptmann an der Aragon Front beim Kampf um die stark befestigte Ortschaft Belchite. Dort fiel Hermann-Ernst Drumm, gerade mal 28-jährig, bei einem Sturmangriff am 1. September 1937. Dieses ist das offizielle Sterbedatum anhand eines erhaltenen Dokumentes des Stabes der 11. Internationalen Brigade. Im gleichen Dokument wird als Sterbeort „Front Quinto-Belchite“ genannt.

Während des Genesungsurlaubs nach seiner Verwundung im Februar 1937 konnte Marta ihren Ehemann Hermann besuchen. Und am 5. Dez. 1937 wurde Hermann Drumm jun. in Albacete geboren. Hermann-Ernst konnte nie erfahren, dass er einen Sohn hat und Hermann jun. hat seinen leiblichen Vater nie kennengelernt.

Der weitere Lebensweg von Marta Drumm ist eine eigene Geschichte, die in ihrer Kurzbiographie dargestellt ist.

bearbeitet: Rainer Dörrenbecher

Grundlage und Quelle der biographischen Skizze:
„Das kurze Leben des Hermann-Ernst Drumm aus Wiebelskirchen im Saarland 1909-1937“
(Von Dr. Ing. Hermann Drumm, Sohn des Hermann-Ernst Drumm; Kamenz)

Marta Strasser/Drumm

ehem. Wohnhaus: Adlersbergstraße 29

verw. Drumm,
geb. Decker

Krankenschwester im Spanischen Bürgerkrieg
und Mitglied der Résistance

geboren 21. November 1910
gestorben 18. Januar 2002 in Berlin

Marta Decker wurde am 21. November 1910
in Wiebelskirchen geboren.

Sie entstammte einer großen Familie mit neun
weiteren Geschwistern. Der Vater Wilhelm, Bergmann,
war während des 1. Weltkrieges der SPD beigetreten.

Die Eltern hatten sich durch den Bau eines eigenen
Hauses in der heutigen Adlersbergstraße hoch
verschuldet. Es herrschte Not, und die Mutter Wilhelmine konnte die Kinder nicht immer satt bekom-
men. Auch mit einer Ausbildung sah es schlecht aus.

Nur für die beiden ältesten Brüder reichte das Geld für eine Gärtnerlehre. Die übrigen Jungs wurden
Bergarbeiter. Nach damals üblicher Meinung brauchten Mädchen keine Ausbildung.

So kam es, dass Marta nach dem Besuch der Volksschule mit 14 Jahren „in Stellung ging“, d.h. Haus-
mädchen bei einer Steigerfamilie wurde. Später ging sie als Kindermädchen nach Bad Kreuznach und
mit 16 Jahren als Dienstmädchen nach Berlin. Nach drei Jahren kam sie zu ihren Eltern zurück.

In der Folgezeit arbeitete sie auf einem benachbarten Hofgut in der Gärtnerei und auf dem Feld.
Aus „Widerstand gegen die Armut, gegen die Ungerechtigkeit in der Welt“, wie sie selbst sagte (*1) und
sicher auch durch das politische Umfeld der Familie, wurde Marta als 20-jährige Mitglied der SPD.

Als sie ihren späteren Mann Hermann kennenlernte, gehörte dieser bereits zu den aktiven Funktionären
der Gewerkschaft, der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) und der SPD in Wiebelskirchen.

Marta und Hermann waren durch viele gemeinsame Interessen verbunden, politisch und in ihrer Liebe
zur Natur und ihrer Heimat. Wenn Hermann Feierschicht hatte, wanderten sie viel.

Im April 1933 heirateten beide und Martha zog in das Haus der Schwiegereltern (Bexbacher Straße).

Die Machtübergabe an die Faschisten im Reich am 30. Januar 1933 hatte aber ihre Zukunftspläne
zerstört. Hermann wollte nach Berlin auf die Gewerkschaftsschule gehen, und Marta wäre mitgezogen.

Beide engagierten sich bis zur Saarabstimmung im Januar 1935 im antifaschistischen Widerstand.
Neben dem offenen politischen Kampf war Marta als Kurierin tätig, brachte Flugblätter und Zeitungen
über die Grenze ins Reich. Sie kümmerten sich solidarisch um antifaschistische Flüchtlinge aus dem
Reich. Als Sozialdemokraten gehörten sie zu den Befürwortern der antifaschistischen Einheitsfront
von Sozialdemokraten und Kommunisten. Während des Abstimmungskampfes zählten beide



zu den Aktivisten der Einheitsfront, sie waren Tag und Nacht unterwegs.

Nach dem Abstimmungssieg der Nazis wurde die Situation für bekannte Antifaschisten lebensbedrohlich; auch für die Drumms.

Bei einem Fackelzug der Deutschen Front in Wiebelskirchen trugen die Nazis einen Galgen mit einer als Hermann-Ernst Drumm gezeichneten Strohfigur mit. In der Nacht versuchten Nazis in die Wohnung einzudringen. In der folgenden Nacht gingen Marta und Hermann ins Exil. Nach mehreren Zwischenstationen kamen beide gemeinsam mit anderen saarländischen Familien ins mittelfranzösische Kohlrevier Puy de Dôme um Brassac-les-Mines. Erfahrene Bergarbeiter wurden gebraucht.

Als im Juli 1936 die Nachrichten von Francos Staatsstreich gegen die Spanische Republik eintrafen, entschlossen sich auch die Drumms der Spanischen Republik im antifaschistischen Kampf zu helfen. Zunächst abgelehnt, konnte Hermann dann von Paris aus als Freiwilliger nach Spanien gehen.

Marta wurde wegen fehlender Ausbildung erneut abgelehnt. „Und ich gehe doch nach Spanien“ (*2), war ihre Antwort. Sie absolvierte einen Schnellkurs des Roten Kreuzes als Krankenschwester und konnte dann im Februar 1937 nach Spanien. In Albacete wurde sie im Krankenhaus als Hilfsschwester und später als OP-Schwester eingesetzt. Während der Schlacht von Brunete richtete sie zusammen mit spanischen und internationalen Kräften in Villanueva de la Jara ein neues Lazarett ein. Dort fehlte es an allem - an Betten, Verbandsmaterial, Medikamenten, Instrumenten und Personal. Marta bewunderte ihre oft sehr jungen spanischen Kolleginnen für ihr Organisations- und Improvisationstalent. Ärzte und Schwestern arbeiteten bis zur völligen Erschöpfung.

Gelegentlich hatten Hermann und Marta brieflichen Kontakt. Von einem saarländischen Verwundeten erfuhr Marta von einer Verwundung ihres Hermann. Schließlich konnten beide in Alicante zwei Wochen Hermanns Genesungsurlaub gemeinsam verbringen.

Im Sommer 1937 kam Hermann nach einer militärischen Ausbildung zurück an die Front. Er fiel am 1. September beim Sturm auf den befestigten Ort Belchite (siehe Biographie Hermann-Ernst. Drumm).

Marta war im fünften Monat schwanger, als sie die Nachricht vom Tod ihres Mannes erhielt. Sie arbeitete bis zwei Wochen vor der Geburt ihres Kindes. Am 5. Dezember wurde Hermann jun. in Albacete geboren. Auf Grund der miserablen hygienischen Bedingungen erkrankte Marta an Wochenbettfieber, sie wäre fast gestorben. Kaum genesen, völlig geschwächt, erkrankte sie an Typhus. Marta und ihr Sohn wurden nach Murcia verlegt, wo Marta wieder gesund wurde. Danach arbeitete sie in spanischen Kinderheimen.

Im Herbst 1938 wurden die Internationalen Brigaden vor allem auf Druck Großbritanniens aufgelöst. Die deutschen und österreichischen Interbrigadisten gingen mehrheitlich nach Frankreich. Viele kamen sofort in französische Internierungslager. Auch Marta musste mit ihrem Kind Spanien verlassen. Das Internierungslager blieb ihr erspart.

Sie kamen schließlich über Paris nach Montluçon, Departement Allier, wo es eine starke Kolonie von Saaremigranten gab. Hier traf sie wieder auf Sepp Strasser, einen bayrischen Kommunisten, den sie schon kannte und der ihr zweiter Ehemann wurde.

Durch die Solidarität französischer Nachbarn gelang es ihnen im April 1943 der Verhaftung durch die Gestapo zu entkommen. Von da an lebten sie im Untergrund und schlossen sich der Résistance an.

Im Oktober 1945 kehrten Marta mit Sohn Hermann und Sepp nach Wiebelskirchen zurück, ein Monat später wurde ihre Tochter Katja geboren. Sie sollten hier jedoch nicht mehr heimisch werden. Die Familie Drumm/Strasser zog nach Rosenheim. Dort heirateten Marta und Sepp 1946.

Marta trat der KPD bei, engagierte sich und wurde in den Stadtrat gewählt. Mit dem Verbot der KPD 1956 verlor Sepp, der politisch hauptberuflich tätig war, seine Arbeit und Marta das Stadtratsmandat. Die Familie war mehr oder weniger geächtet.

In Übereinstimmung mit der KPD-Leitung siedelte die Familie dann in die DDR. Die nächsten Jahre lebten und arbeiteten sie in Karl-Marx-Stadt (heute: Chemnitz). In jenen Jahren engagierte Marta sich in der Organisation der Widerstandskämpfer. Sie gab ihre Lebenserfahrungen an junge Menschen weiter. Immer wieder verwies Marta auf die Bedeutung der Internationalen Solidarität der werktätigen Menschen. Sie hatte diese geleistet und vor allem erhalten: „Ohne die Hilfe vieler namenloser Freunde, Nachbarn und Genossen der verschiedensten Nationalitäten hätten wir nicht überlebt.“ (*3)

Nach dem Tode ihres Mannes zog sie später nach Berlin (DDR), wo auch ihre Tochter Katja lebte. Dort starb sie am 18. Januar 2002.

In der DDR war sie für ihr Leben als Widerstandskämpferin und aktive Zeitzeugin mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze geehrt worden. Das Königreich Spanien hatte sie, wie andere ehemalige Angehörige der Internationalen Brigaden, zur Ehrenbürgerin ernannt und das Internationale Rote Kreuz verlieh ihr die Florence-Nightingale-Medaille. Nach dem Zusammenbruch der DDR versuchte die Bundesrepublik Deutschland, ihr die Zusatzrente als Widerstandskämpferin abzuerkennen.

bearbeitet: Rainer Dörrenbecher und Dr. Hermann Drumm jun.

Textgrundlage:

L. Bies u. H. Bernard, Hrgs: „Saarländerinnen gegen die Nazis“,
Blattlaus-Verlag, Saarbrücken 2004; Erika Klug: Marta Drumm, S.25ff.
Zitate: (*1) Seite 25; (*2) Seite 26; (*3) Seite 28.

Friedrich Hollinger

ehem. Wohnhaus: Römerstraße 91

Opfer einer Denunziation

geboren 21. Januar 1890

ermordet 29. April 1941

Friedrich Hollinger wurde am 21. Januar 1890 in Neunkirchen geboren, seit 1912 war er in Wiebelskirchen zu Hause. Im 1. Weltkrieg meldete er sich noch freiwillig, er wurde zum Unteroffizier befördert, hielt vier Jahre den Kopf hin für Volk und Vaterland, wie er anfangs meinte. Als er aus dem Krieg zurückkam und wieder im Neunkircher Eisenwerk arbeitete, war er ernüchert und verbittert, fühlte sich betrogen. Er sah sich als Kanonenfutter der Hohenzollern und der Generäle, der Spekulanten und Profiteure.

Friedrich Hollinger schloss sich der USPD an und zählte Ende 1920 zu den Mitbegründern der Wiebelskircher KPD - Ortsgruppe.

Er war Mitglied der Schalmeienkapelle und bewarb sich 1923 auf einen Platz in der KPD - Wahlliste für einen Sitz im Gemeinderat.

Friedrich Hollinger war offensichtlich ein aktiver Gewerkschafter. Im Januar 1946, bei einer Großkundgebung der Einheitsgewerkschaft im Saarland, wurde Friedrich Hollinger mit anderen in das symbolische Ehrenpräsidium ermordeter saarländischer Gewerkschafter gewählt.

Nach einem Streik im Neunkircher Eisenwerk wurde er 1928 (*) entlassen und war ein Jahr arbeitslos. Danach wurde er als Gemeindearbeiter im Wiebelskircher Wasserwerk eingestellt. Seitdem verdiente er seinen Lebensunterhalt durch das Verlegen von Rohren.

Im Kampf um das Referendum am 13. Januar 1935 unterstützte er die Antifaschistische Einheitsfront, zu der sich Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengeschlossen hatten.

Er nahm teil an den antifaschistischen Massenkundgebungen in Sulzbach und auf dem Saarbrücker Kieselhumes. Nach der Niederlage der Einheitsfront und der Machtübernahme der Nazis im Saargebiet am 1. März 1935 wurde er als Status-quo-Anhänger entlassen und war 3 Jahre arbeitslos.

Erst 1938 fand er wieder eine Beschäftigung und konnte als Hilfsarbeiter bei einer Baufirma anfangen. Nach der Abstimmungsniederlage hielt sich Friedrich Hollinger mit politischen Äußerungen in der Öffentlichkeit zurück. Er distanzierte sich jedoch von den Nazis indem er nie die Hand zum Hitlergruß hob; auch hörte er die deutschsprachigen Sendungen von Radio London. Diese Zurückhaltung behielt er bei bis zum 20. April 1940, an diesem Tag ließ er sich zu Äußerungen gegen das Naziregime in der Öffentlichkeit hinreißen und wurde direkt vom Wirtsehepaar und anderen Kneipengästen angezeigt.



Die Gestapo ließ sich Zeit. Erst am 4. Juni (**) hielt er eine Vorladung nach Ottweiler. Friedrich Hollinger kehrte nicht mehr zurück.

Unmittelbar nach dem Verhör wurde er verhaftet, im Neunkircher Gerichtsgefängnis inhaftiert und am 30. Oktober auf die Saarbrücker Lerchesflur überstellt. Am 6. November verurteilte ihn das Sondergericht wegen Verbrechens gemäß Kriegssonderstrafordnung zu fünf Monaten Gefängnis. Da diese Strafe durch die Untersuchungshaft nahezu verbüßt war, entschloss sich die Gestapo zur Urteilskorrektur.

Gegen ihn wurde Schutzhaft verhängt, er wurde am 21. Januar 1941 nach Zweibrücken und am 31. Januar 1941 mit der Häftlingsnummer 23566 ins KZ Dachau eingeliefert. Sein Aufenthalt in Dachau blieb weitgehend im Dunkeln. Laut Schreibstubenkarte wurde er am 15. Februar 1941 in den Strafblock verlegt. Am 29. April wurde er ermordet, wahrscheinlich erschossen. Offensichtlich war er den KZ-Wärtern auffällig geworden.

bearbeitet: Erika Klug

Quelle:

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul:

„Das zersplitterte Nein“; Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1989, Friedrich Hollinger, Seiten 96-98

* Möglicherweise ist den Autoren hier ein Irrtum unterlaufen. In „Freiheit für das Volk“, Herausgeber IGMetall Neunkirchen 1990, ist für 1928 kein Streik beim NE erwähnt, auch nicht in anderen mir bekannten Veröffentlichungen; allerdings gab es im August 1929 einen Streik. Da hatte die RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, der KPD nahestehend) einen Streik um höhere Löhne initiiert, der von der ADGB-Gewerkschaft nicht unterstützt wurde und erfolglos blieb. Die Betriebsleitung nutzte dies zu Entlassungen von RGO-Funktionären. (Einfügung: R. Dörrenbecher)

** Stadtarchiv Neunkirchen, Hausstandsbuch damalige Kirchhofstr.41; im o.g. Buch wird der 12. Juni genannt

Wilhelm Engelmann

ehem. Wohnhaus: Ostertalstraße 57

Angehöriger der Internationalen Brigaden
im Spanischen Bürgerkrieg

geboren 4. März 1902

gestorben 24. Oktober 1936 (im Kampf bei Tardienta)

Emigration am 19. Februar 1935 nach Frankreich

im Sommer 1936 als antifaschistischer Freiwilliger nach Spanien,

Über das Leben von Wilhelm Engelmann konnten keine weiteren Informationen
zusammengetragen werden.

Erich Koble

ehem. Wohnort: Kopernikusstraße 11

Euthanasieopfer

geboren 15. Januar 1906

ermordet 13. Februar 1941 in Hadamar

Erich Koble kam am 15. Januar 1906 in Wiebelskirchen zur Welt. Seine Mutter Maria Koble, geb. Gräser, gebar ihr erstes Kind. Vater war der Bergmann Johann Friedrich Koble (16. März 1880 - 9. Januar 1961).

Bei der Geburt gab es Komplikationen, das Gehirn wurde nicht mit ausreichend Sauerstoff versorgt, so dass Erich von Geburt an geistig behindert war. Seine Mutter starb knapp zwei Jahre später im Alter von 26 Jahren am 7. Juli 1908 an den Folgen einer weiteren Geburt. Das Neugeborene mit dem Namen Emmy überlebte seine Mutter nur wenige Wochen (gestorben: 26. Oktober 1908).



Johann Friedrich Koble war nun Witwer mit einem behinderten Kind. Die Verwandtschaft half dem Mann den Alltag zu meistern.

Am 10. Dezember 1910 heiratete Koble seine zweite Frau Emma Koble, die aus Idar-Oberstein stammte. Mit ihr bekam er drei weitere Kinder (Herbert, 25.04.1912, Elfriede, 12.04.1922 und Erna, 16.08.1925).

Im Jahre 1912 wurde Erich in der Rathausschule Wiebelskirchen (heute Wibilo-Haus) eingeschult. Aber schon bald schickten ihn die Lehrer nach Hause. Erich konnte nicht unterrichtet werden.

Bis zu seiner Pubertät blieb Erich in Wiebelskirchen.

Sein Vater wurde in den ersten Weltkrieg eingezogen. Die Stiefmutter kümmerte sich um ihn.

Nach dem ersten Weltkrieg 1918 zog Erich in ein Heim für behinderte Kinder in Fischbach-Weierbach im Hunsrück. Dort fühlte er sich wohl und bekam von seinem Vater regelmäßig Besuch.

Auch seine Schwester Erna durfte einmal den großen Bruder besuchen.

Sie erinnert sich an einen fröhlichen, lebensbejahenden jungen Mann, der sich sehr über Besuche freute und sich in der Einrichtung gut aufgehoben fühlte.

Mit dem Pflegepersonal hielt Johann Friedrich Koble Kontakt.

Er musste jedes Jahr ein bestimmtes Entgelt für die Unterbringung im Heim bezahlen.

1939 kam die Nachricht, dass Erich in die Landes-Heilanstalt Herborn (Dillkreis, Hessen-Nassau) verlegt wurde, da das Heim im Hunsrück geschlossen werde.

Der Niederreidenbacher Hof wurde zum Kriegslazarett.

Der Vater hielt Kontakt und besuchte seinen Jungen.

Ende Februar wollte er bei der Bank die Heimunterbringung bezahlen, dort erreichte ihn die Nachricht vom Standesamt, dass Erich im Alter von 35 Jahren am 13. Februar 1941 in Hadamar verstorben sei. Die wahren Hintergründe erfuhr der Vater erst Jahre später.



Hintergrund:

Im November 1940 gab die Provinz Hessen-Nassau die Leitung der Anstalt Herborn an die, für die Aktion T4 zuständigen Berliner Behörden ab.

Sie war damit die letzte der sechs späteren Tötungsanstalten, die von den jeweiligen Gebietskörperschaften in die Hoheit des Reichs übergingen.

In der NS-Tötungsanstalt Hadamar auf dem Gelände des Altbaus des heutigen „vitos Hadamar“ (Psychiatrische Klinik) auf dem Mönchberg in Hadamar/Hessen wurden zwischen Januar 1941 und März 1945 im Rahmen der sogenannten Aktion T4 etwa 14.500 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in einer Gaskammer, durch tödliche Injektionen und Medikationen sowie durch vorsätzliches Verhungern lassen, ermordet.

bearbeitet: Sören Meng